



Energiewende-Barometer 2023 der IHK-Organisation

Ergebnisse der
Unternehmensumfrage für Hessen



Hessischer Industrie-
und Handelskammertag

#GemeinsamFürHessensWirtschaft

Das Wichtigste in Kürze

Gemeinsames Ziel Energiewende: Risiken der Wettbewerbsfähigkeit auf Allzeithoch

Jedes zweite Unternehmen in Hessen ist von negativen Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit betroffen: Der Anteil der Betriebe in Hessen, die negative oder sehr negative Auswirkungen auf ihre Wettbewerbsfähigkeit durch die Energiewende vermelden, ist im Vergleich zu 2021 um 24 Prozentpunkte gestiegen.



Strompreise für nahezu alle Unternehmen in Hessen gestiegen

Für 83 Prozent der hessischen Unternehmen sind die Strompreise in den vergangenen 12 Monaten gestiegen. Energiepreise ohne Strom haben sich für 85 Prozent der Betriebe in Hessen erhöht.



Hohe Energiepreise führen zum Verlust der Wettbewerbsfähigkeit

Der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens am Standort Deutschland wird von 44 Prozent der Unternehmen in Hessen als Konsequenz aus den anhaltend hohen Energiepreisen gesehen. Die Zukunftsfähigkeit wird konkret dadurch beeinträchtigt, dass die Unternehmen gezwungen sind, Investitionen zurückzustellen.



Fast ein Drittel der hessischen Industrie erwägt Verlagerung ins Ausland oder schränkt Kapazitäten ein

Mehr als 15 Prozent der hessischen Industrieunternehmen realisieren die Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland bzw. die Einschränkung der Produktion im Inland als Reaktion auf die energiepolitischen Rahmenbedingungen. Weitere 15 Prozent der Industrieunternehmen erwägen, Produktionsstätten zu verlagern oder einzuschränken.



Fehlende Planbarkeit größtes Transformationshemmnis für mehr Klimaschutz

Fehlende Planbarkeit und Verlässlichkeit in der Energiepolitik rücken an die erste Stelle der Transformationshemmnisse. Mehr als 60 Prozent der Unternehmen in Hessen fühlen sich hierdurch in ihren Aktivitäten für mehr Klimaschutz ausgebremst.



Nahezu Konsens zu besseren Rahmenbedingungen für Energie-Eigenversorgung und Direktlieferverträgen

90 Prozent der Unternehmen in Hessen fordern eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Energie-Eigenversorgung und Direktlieferverträge. 73 Prozent der Unternehmen sprechen sich für eine Senkung von Steuern und Abgaben auf den Strompreis aus.



Unternehmen fordern, nicht allein auf grünen Wasserstoff zu setzen

62 Prozent der Unternehmen vertreten die Meinung, dass auf dem Weg zum grünen, also klimaneutralen, Wasserstoff auch andere kohlenstoffarme Alternativen, wie türkiser und blauer Wasserstoff, zur Verfügung stehen sollten. Zwei Drittel der Unternehmen wollen zudem den Zugang zu Wasserstoff als Energieträger für alle Unternehmen planungssicher hergestellt wissen.



Stromnetze in Hessen bereiten Unternehmen zunehmend Sorge

Zwei Drittel der Unternehmen sehen zunehmende Probleme von Engpässen bei Übertragungs- und Verteilnetzen. Um den schleppenden Ausbau der Stromnetze auf allen Ebenen voranzubringen, braucht es dringend eine Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren für Infrastrukturprojekte.



Über die Umfrage

Im jährlichen „Energiewende-Barometer der IHK-Organisation“ sind die Ergebnisse einer Online-Unternehmensbefragung zusammengefasst, an der sich in den IHK-Gremien ehrenamtlich engagierte Unternehmerinnen und Unternehmer sowie weitere Mitgliedsunternehmen der IHK-Organisation beteiligt haben.

Ziel des Energiewende-Barometers ist es, eine umfassende Bewertung der Unternehmen bzgl. der Fortschritte der Energiewende und der aktuellen Klima- und Energiewendepolitik zu erhalten.

Grundlage der Auswertung sind bundesweit 3.572 eingegangene Antworten aus den Branchen Industrie, Bauwirtschaft, Handel und Dienstleistungen. Aus Hessen haben 208 Betriebe an der Umfrage teilgenommen, davon 79 Industrieunternehmen.

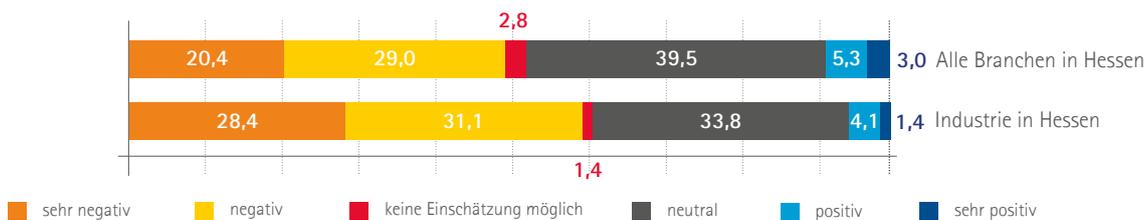
Die Befragung fand vom 12. Juni bis zum 2. Juli 2023 und damit in einem Umfeld statt, in dem nach einem milden Winter die Energiepreise im Vergleich zum Herbst 2022 wieder zurückgegangen sind. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine dauert jedoch an und schafft ein wirtschaftliches Umfeld voller Risiken und Unsicherheiten.

Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit: Hessisches Meinungsbild der Unternehmen so schlecht wie nie

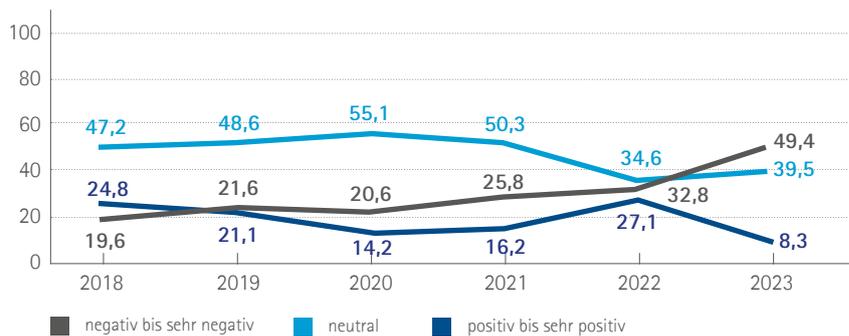
Bereits in der zentralen Frage des IHK-Energiewendebarometers zeichnet sich ein mehrheitlich negatives Meinungsbild ab: Jedes zweite Unternehmen in Hessen meldet, dass es durch negative (29 Prozent) oder sogar sehr negative Auswirkungen (20,4 Prozent) der Energiewende auf die eigene Wettbewerbsfähigkeit betroffen ist. Industrieunternehmen in Hessen beurteilen die Auswirkungen noch negativer: 31,1 Prozent sehen negative Effekte, 28,4 Prozent sogar sehr negative (vgl. Abbildung 1).

Ähnlich wie in der bundesdeutschen Auswertung aller IHK-Organisationen in Deutschland verzeichnet auch das Barometer mit Fokus auf Hessen einen historischen Tiefstand: Insbesondere in den vergangenen zwei Jahren bewerten Unternehmerinnen und Unternehmer die Auswirkungen als zusehends negativ: Allein von 2021 auf 2023 ist der Anteil der hessischen Betriebe, die negative bis sehr negative Konsequenzen sehen, um 24 Prozentpunkte gestiegen (vgl. Abbildung 2).

Wie beurteilen Sie die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens?



Barometerwerte im Zeitverlauf (2018-2023)



Auswirkungen auf Investitionen: Hohe Energiepreise verhindern Investitionen

Derzeit liegen die längerfristigen Preise für Gas und Strom auf einem Mehrfachen des Vorkrisenniveaus. In der Perspektive verfestigen sich vor allem die Endkundenpreise für Strom im internationalen Vergleich auf einem hohen Niveau.

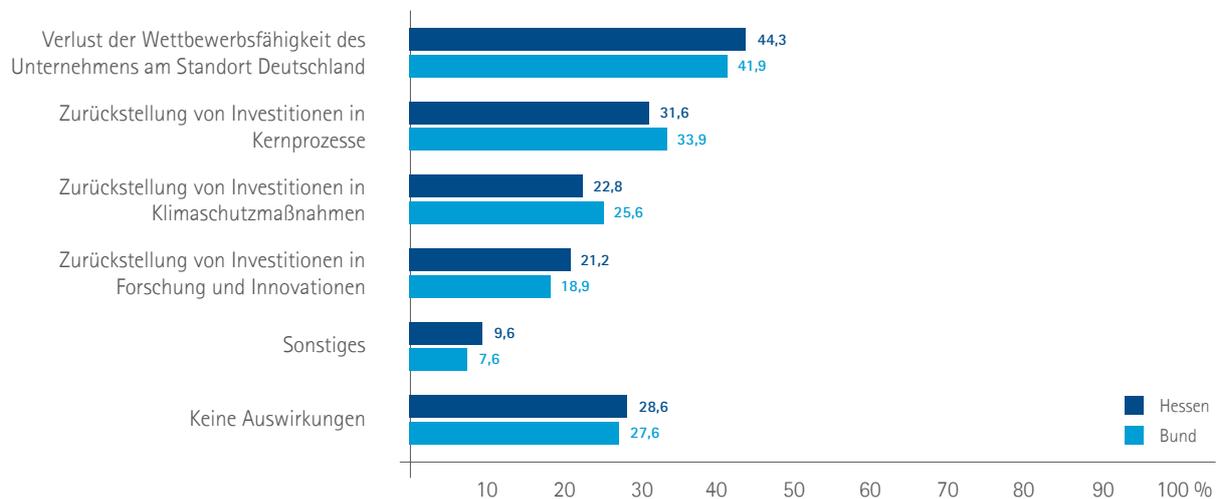
Für 83 Prozent der hessischen Unternehmen sind die Strompreise in den vergangenen zwölf Monaten gestiegen. Für 85 Prozent der hessischen Betriebe haben sich die Energiepreise außer Strom erhöht.

Der Verlust der Wettbewerbsfähigkeit des Unternehmens am Standort Deutschland wird von 44 Prozent der Unternehmen in Hessen als Konsequenz aus den anhaltend hohen Energiepreisen gesehen.

Die Zukunftsfähigkeit wird konkret dadurch beeinträchtigt, dass die Unternehmen gezwungen sind, Investitionen zurückzustellen. Die Investitionen in wichtige Kernprozesse, in Klimaschutzmaßnahmen sowie in Forschung und Innovationen sind bei 20 bis 30 Prozent der Unternehmen auf unbestimmte Zeit zurückgestellt.

Der notwendige Eigenkapitalanteil für Investitionen ist in den letzten drei Jahren durch die Materialengpässe während der Pandemie und der anhaltenden Energiekrise in zahlreichen Unternehmen aufgebraucht. Eine Verbesserung der Lage ist im Moment nicht absehbar.

Auswirkungen der hohen Preise für Energie auf Investitionen



Auswirkungen auf Standortpolitik: Kostenweitergabe und Produktionsverlagerung als letzte Option

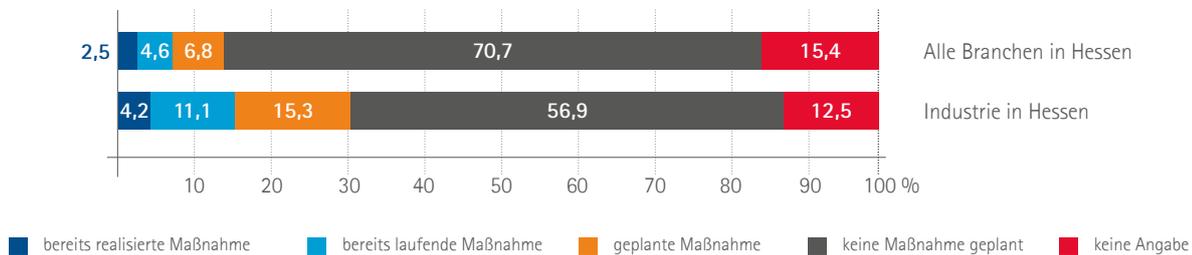
Rund 64 Prozent der hessischen Unternehmen sehen sich zur Weitergabe der zusätzlichen Energiekosten an die Kunden gezwungen. Mehr als ein Viertel der Unternehmen haben dies bereits umgesetzt. Ein weiteres Viertel setzt aktuell Maßnahmen zur Kostenweitergabe um und weitere elf Prozent der Unternehmen planen entsprechende Maßnahmen.

Wenn die Möglichkeit zur Kostenweitergabe nicht besteht, bleibt als letzter Schritt die Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland, sofern das Unternehmen über Fertigungsstätten außerhalb von Deutschland verfügt oder die Einschränkung der Produktion im Inland.

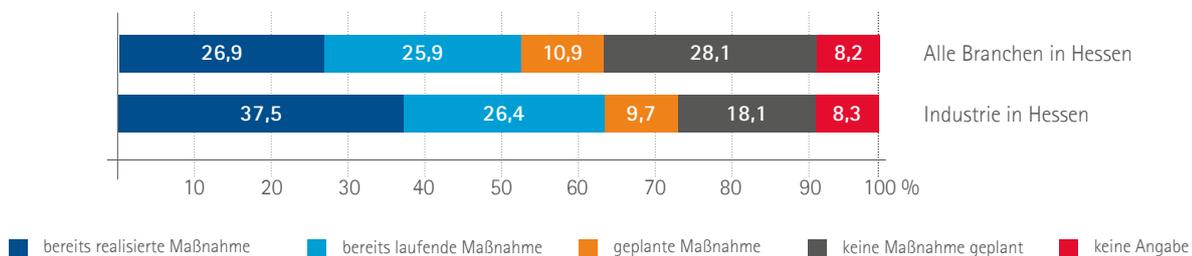
Bereits mehr als sieben Prozent der hessischen Unternehmen geben an, Maßnahmen realisiert oder entsprechende Maßnahmen eingeleitet zu haben. Weitere knapp sieben Prozent befinden sich in der Planungsphase.

Der Abwanderungseffekt verstärkt sich mit Fokus auf die Industrieunternehmen in Hessen: Mehr als 15 Prozent haben Produktionen ins Ausland verlagert bzw. im Inland eingeschränkt oder befinden sich in der Umsetzung, während weitere 15 Prozent diese Maßnahmen aktuell erwägen.

Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland / Einschränkung der Produktion im Inland



Weitergabe zusätzlicher Energiekosten an Kunden



Fehlende Planbarkeit der Energiepolitik ist größtes Transformationshemmnis

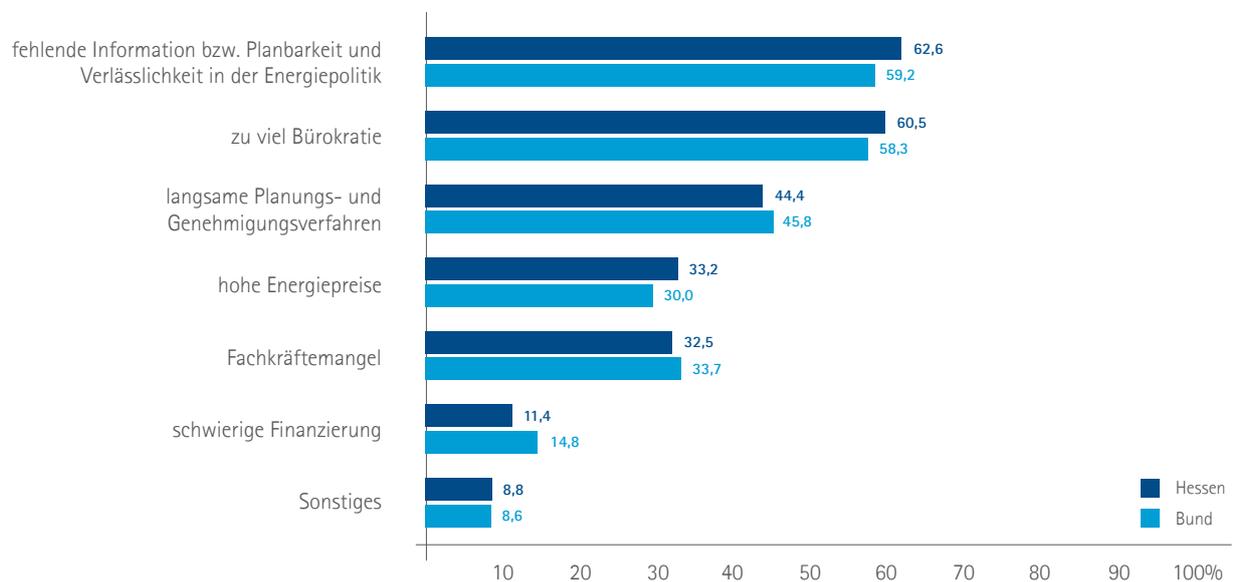
Fehlende Planbarkeit und Verlässlichkeit in der Energiepolitik rücken aus Sicht der Betriebe an die erste Stelle der Hemmnisse für mehr betriebliche Maßnahmen auf dem Weg zur Klimaneutralität. Mehr als 60 Prozent der Unternehmen in Hessen fühlen sich hierdurch ausgebremst.

Die Unternehmen sehen sich zunehmend mit Vorgaben konfrontiert, die in der Praxis kaum umsetzbar sind. Hinzu kommen verpflichtende Einsparziele aus dem vorgeschlagenen Energieeffizienzgesetz der Bundesregierung, von denen niemand sagen kann, wie sie ohne ein Herunterfahren der Produktion erreicht werden können. Das Gesetzesvorhaben, das EU-Vorgaben umsetzen soll, steht nach Beschluss des Deutschen Bundestages zur Debatte im Bundesrat.

An zweiter Stelle der Hemmnisse wird **zu viel Bürokratie** genannt. Auch dieser Aspekt wird von 60 Prozent der Unternehmen in Hessen als kritisch gesehen. Für rund 45 Prozent der Unternehmen sind die **langsamen Planungs- und Genehmigungsverfahren** die Ursache dafür, dass Vorhaben verzögert werden.

Aber auch die **hohen Energiekosten** sowie der zunehmende **Fachkräftemangel** ist für rund ein Drittel der Unternehmen ein Transformationshindernis.

Die größten Transformationshemmnisse für mehr Klimaschutz

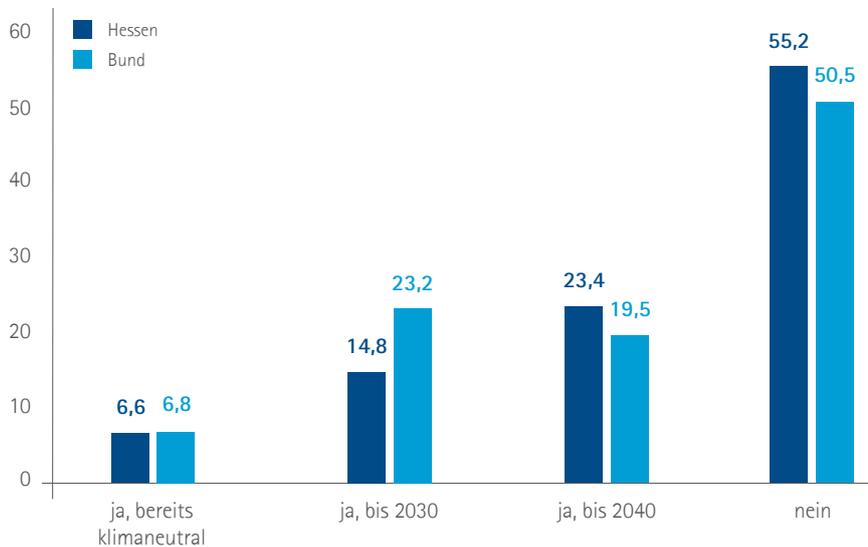


Wie Unternehmen die Energiewende vorantreiben

Fast jedes zweite Unternehmen hat das Ziel der Klimaneutralität verankert

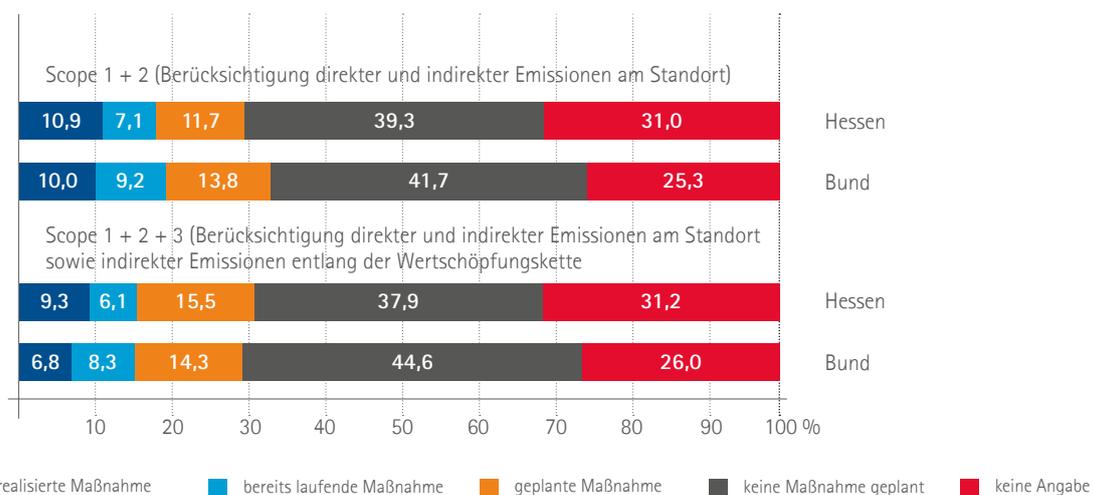
Unternehmen kommt zur Erreichung des hessischen Ziels der Klimaneutralität bis 2045 eine Schlüsselrolle zu. Knapp 45 Prozent der Unternehmen in Hessen haben trotz der vorgenannten Hemmnisse das Erreichen der Klimaneutralität in den Unternehmenszielen verankert, was dem Bundesdurchschnitt entspricht. Im Vergleich zu 2021 entspricht dies einer Steigerung um fünf Prozentpunkte. Rund ein Viertel der Unternehmen plant, die Treibhausgasemissionen mit Zielmarke 2040 zu reduzieren.

Unternehmen haben sich zum Ziel gesetzt, klimaneutral zu werden (Angaben in Prozent)



Um die eigene Klimabilanz zu verbessern, erstellen die Unternehmen eine Bilanz der Treibhausgasemissionen, des sogenannten CO₂-Footprints.

Berechnungen der eigenen Klimabilanz



In einem ersten Schritt werden die Emissionen für den Standort bestimmt, in weiteren Schritten dann auch entlang der Lieferkette. Man spricht in diesem Zusammenhang von sogenannten Scopes. Scope 1 enthält die direkten Emissionen am Standort, also vor allem den Einsatz von Heiz-, Brenn- und Kraftstoffen. Scope 2 erfasst die indirekten Emissionen aus dem Bezug von Strom, Dampf und Fernwärme. Scope 3 betrachtet die indirekten Emissionen entlang der Wertschöpfungskette.

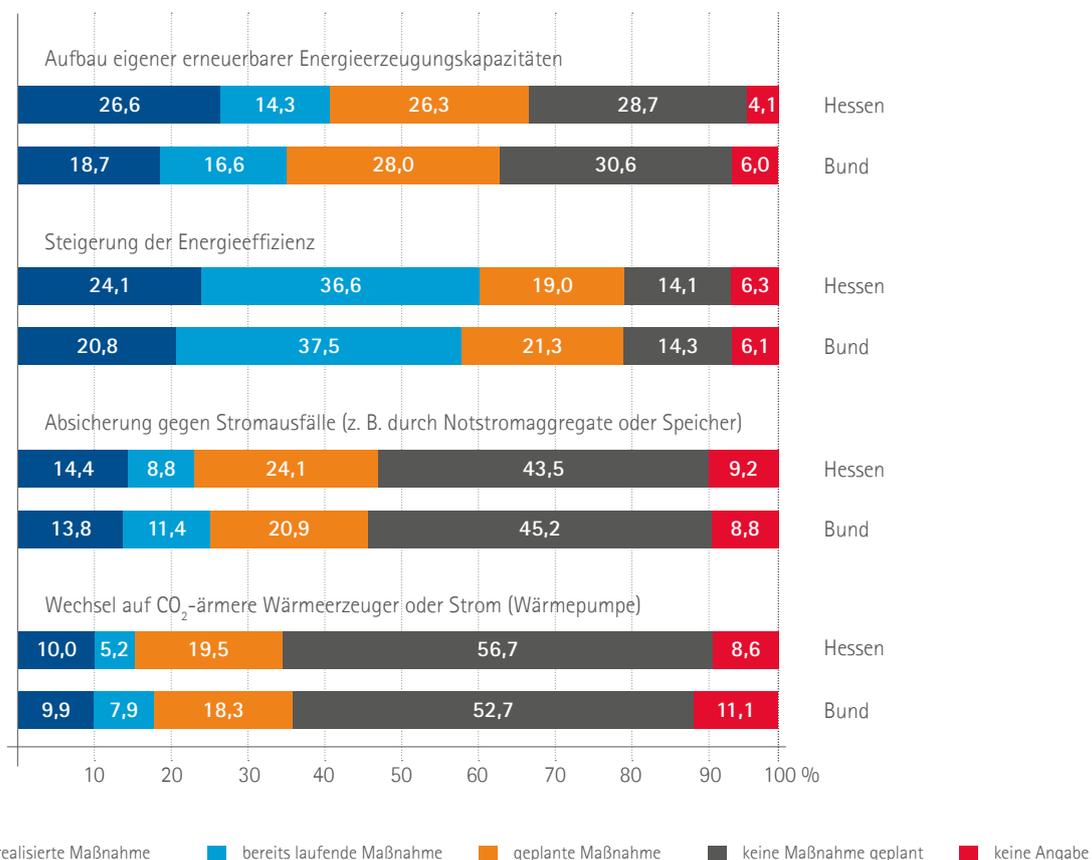
18 Prozent der Unternehmen in Hessen erstellen bereits eine CO₂-Bilanzierung des eigenen Unternehmens nach Scope 1 und 2. Weitere knapp 12 Prozent planen hierzu Maßnahmen ein. Auch indirekte Emissionen entlang der Wertschöpfungskette werden bereits von rund 15 Prozent der hessischen Unternehmen berücksichtigt.

Wirtschaft engagiert sich vielfältig in der Energiewende

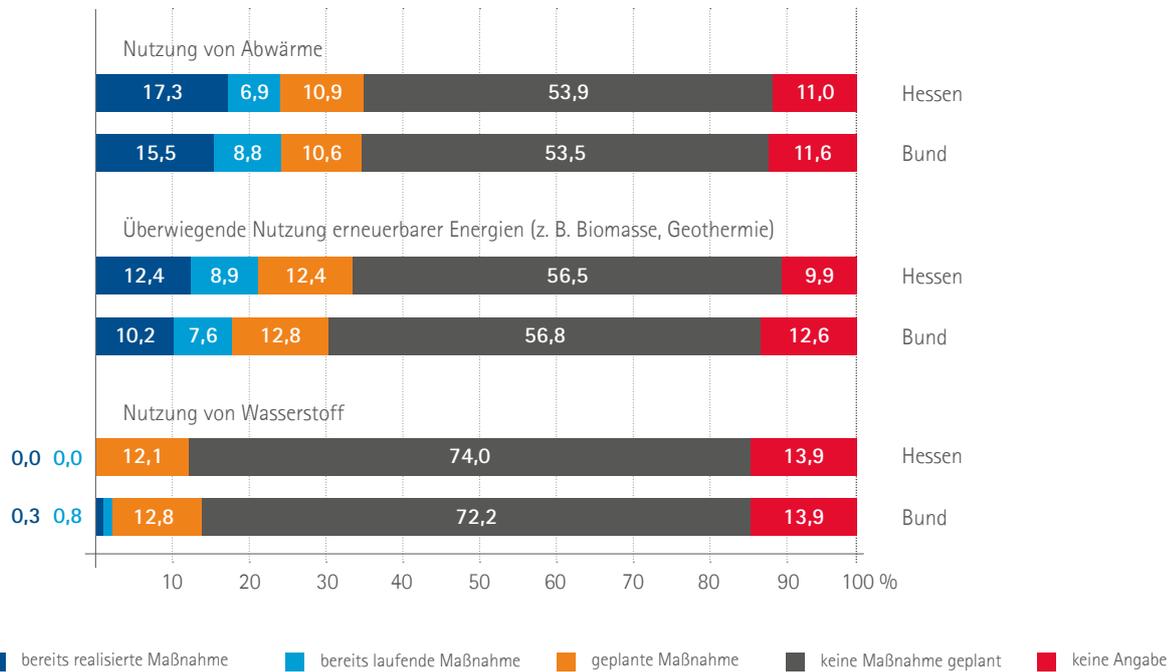
Um die Zielsetzung der Klimaneutralität zu erreichen, führen hessische Unternehmen umfangreiche Maßnahmen durch: Dazu zählen Investitionen in den Aufbau eigener erneuerbarer Energieerzeugungskapazitäten sowie in effiziente Maschinen, die Nutzung von Abwärme oder die Nutzung von erneuerbaren Energien im Bereich Wärme oder Anschaffung von Elektrofahrzeugen.

Die Steigerung der Energieeffizienz im Betrieb bleibt die wichtigste Maßnahme, die eine Mehrheit der hessischen Unternehmen bereits umgesetzt hat oder aktuell realisiert. Den Wechsel auf CO₂-ärmere Wärmeerzeuger oder Strom wie Wärmepumpen haben zehn Prozent der Betriebe umgesetzt. Fünf Prozent führen hierzu aktuell Maßnahmen durch.

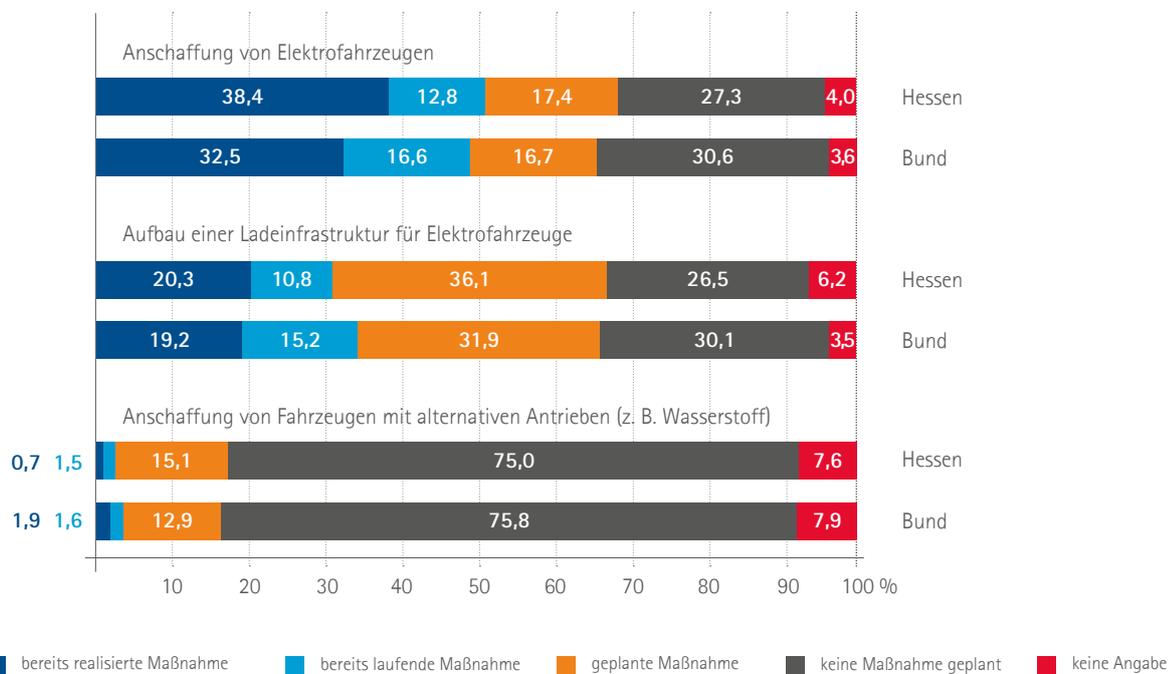
Interne Maßnahmen – Bereich Energieversorgung



Interne Maßnahme – Bereich Wärme



Interne Maßnahme – Bereich Mobilität



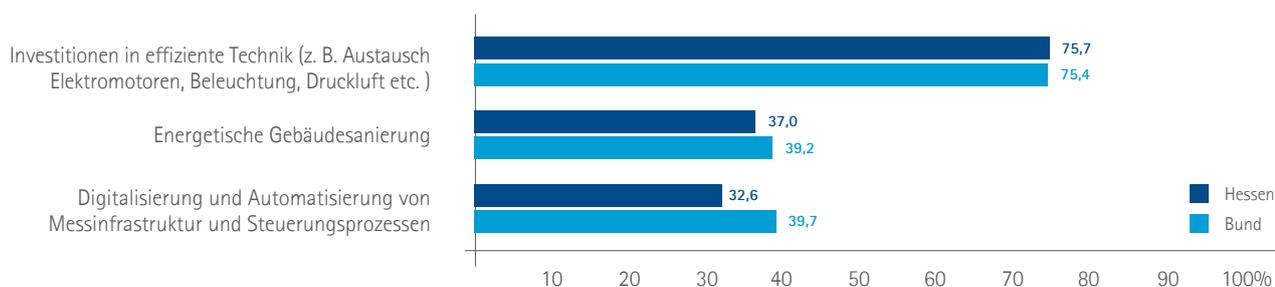
Steigerung der Energieeffizienz bleibt wichtigste Energiequelle

Nicht jedes Unternehmen hat die baulichen Möglichkeiten, eine erneuerbare Energieerzeugungsanlage auf dem eigenen Gelände zu errichten. Zudem kann z.B. der Solarstrom aus Fotovoltaikanlagen zeitlich und mengenmäßig – aufgrund von Tageszeit und Wetter – nur ein Bruchteil des Bedarfes decken. Der am Markt verfügbare Grünstrom kann den Bedarf bei weitem nicht decken und für Wärmeprozesse im Hochtemperaturbereich sind die Umstiegsoptionen auf (klimaneutralen) Wasserstoff bundesweit noch im Forschungs- und Entwicklungsstatus.

Daher werden Energieeffizienzmaßnahmen nicht zuletzt aufgrund steigender Strom- und Energiepreise weiterhin der wichtigste Hebel bleiben, um die Produktion im Inland aufrecht zu erhalten.

Rund 75 Prozent der Unternehmen investieren in effiziente Technik. 37 Prozent der Unternehmen in Hessen ergreifen Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung. Knapp ein Drittel der hessischen Unternehmen setzen auf Digitalisierung und Automatisierung.

Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz im Unternehmen



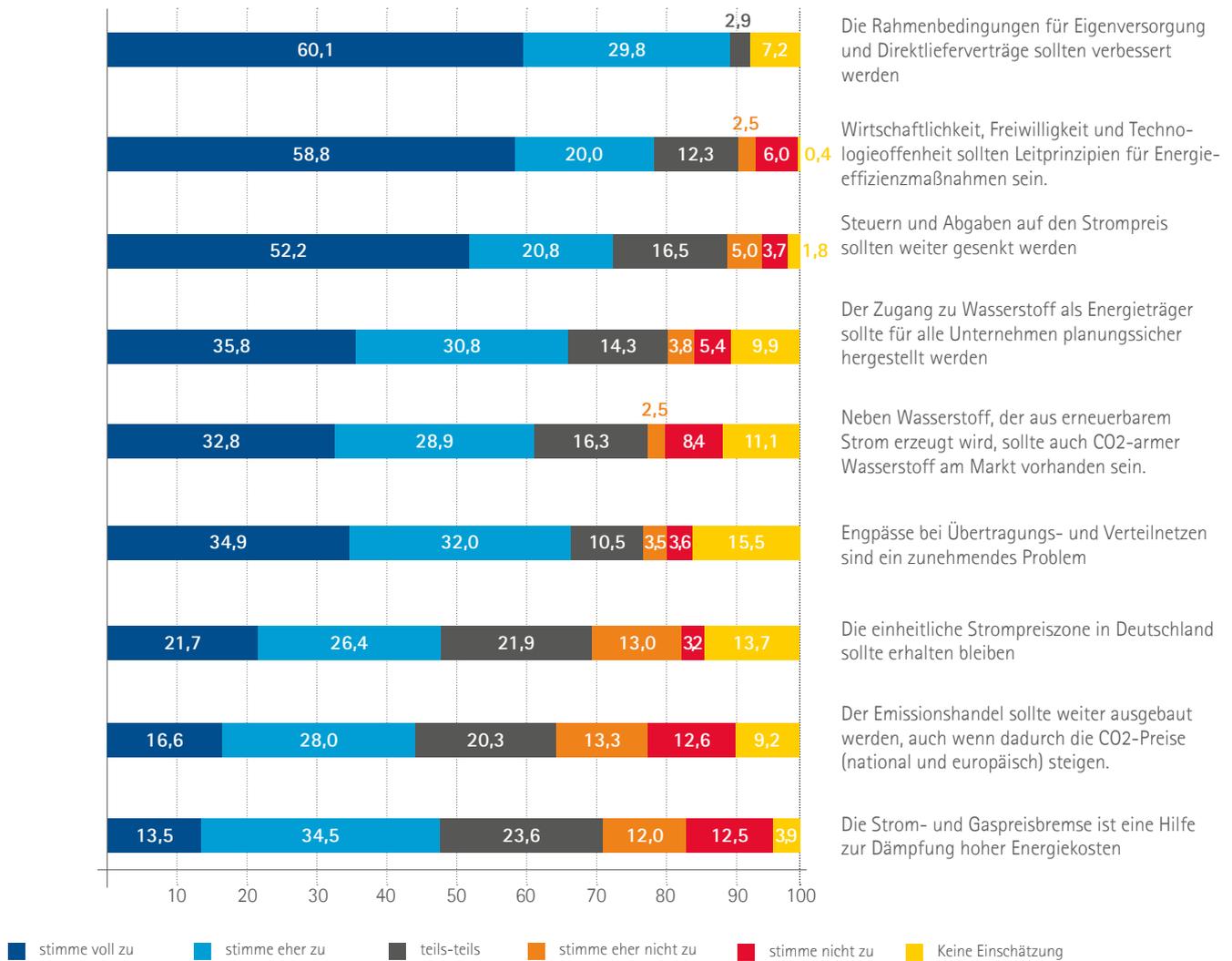
Fazit

Erhebliche Preissteigerungen für Energie bedrohen die Wettbewerbsfähigkeit und verhindern Investitionen der Unternehmen in Kernprozesse und Klimaschutzmaßnahmen. Ein Drittel der hessischen Industrieunternehmen erwägt sogar die Verlagerung ins Ausland oder hat Produktionen im Inland als Reaktion auf die energiepolitischen Rahmenbedingungen eingeschränkt. Ebenso kommt der Ausbau erneuerbarer Energien kaum voran und die fehlende Verlässlichkeit der Energiepolitik wird mittlerweile als größtes Hemmnis für mehr Klimaschutz gesehen. Hessen bleibt somit, wie kein anderes Flächenland, auf Energieimporte bei gleichzeitig wachsendem Strombedarf angewiesen.

Mit welchen Strategien zur klimaneutralen Stromerzeugung die Landespolitik der prognostizierten Verdreifachung des Strombedarfs begegnen und ausreichende Mengen von Wasserstoff dem Markt zur Verfügung stellen kann – hierzu sollten alle Fraktionen im neuen Hessischen Landtag Lösungen erarbeiten und gemeinsam für die Zukunftsfähigkeit des Landes Hessen eintreten. Wie dies konkret auf Landes- als auch auf Bundesebene von der Politik ausgestaltet werden sollte – hierzu haben Unternehmen in Hessen im folgenden Kapitel Stellung bezogen.

Empfehlungen der hessischen Wirtschaft an die Landes- und Bundespolitik

Forderung an die Politik



1. 90 Prozent der Unternehmen in Hessen fordern eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für Eigenversorgung und Direktlieferverträge.

Angesichts der Gasversorgungs-Mangellage und drohender Abschaltung als Worst-Case-Szenario im letzten Jahr mussten sich viele Unternehmen mit den Möglichkeiten einer vollumfänglichen Eigenversorgung auseinandersetzen. Dabei wurde vielen Unternehmen schnell klar, dass es immer noch viele Hürden gibt.

2. Knapp 80 Prozent der Unternehmen wollen Wirtschaftlichkeit, Freiwilligkeit und Technologieoffenheit als Leitprinzipien für Energieeffizienzmaßnahmen, statt dies im geplanten Energieeffizienzgesetz auf Bundesebene zu verordnen.

Immerhin wird Energieeffizienz und insbesondere die Investition in energieeffiziente Technik bereits seit vielen Jahren von mehr als 75 Prozent der Unternehmen als wichtiges Instrument eingesetzt.

3. 73 Prozent der Unternehmen sprechen sich für eine Senkung von Steuern und Abgaben auf den Strompreis aus.

Derzeit liegen die längerfristigen Preise für Gas und Strom auf einem Mehrfachen des Vorkrisenniveaus, d. h. sie sind, im Vergleich zum langjährigen Mittel, doppelt oder sogar drei Mal höher. In der Perspektive verfestigen sich vor allem die Endkundenpreise für Strom im internationalen Vergleich auf einem hohen Niveau. Vor diesem Hintergrund hat die DIHK auf Bundesebene den Vorschlag der „StromPartnerschaft“ als Alternative zum Industriestrompreis eingebracht. Sie nimmt beide Forderungen der Unternehmen in Hessen auf – nämlich eine bessere Unterstützung von Direktlieferverträgen zwischen Erzeugern erneuerbarer Energien und Unternehmenskunden durch Investitionszuschüsse einerseits wie auch die Senkungen von Steuern und Abgaben auf ein Minimum andererseits. Beides kann die Politik unbürokratisch und ohne Wettbewerbsverzerrung umsetzen.

4. Zwei Drittel der hessischen Unternehmen wollen den Zugang zu Wasserstoff für alle Betriebe planungssicher hergestellt wissen.

Bereits heute beschäftigen sich viele Betriebe im Mittelstand mit Wasserstofftechnologien, die einen wesentlichen Beitrag auf dem Weg zur Klimaneutralität leisten können. Der IHK setzt sich daher dafür ein, dass die neue Landesregierung die hessische Wasserstoffstrategie fort-schreibt, um den Ausbau und die Umrüstung des Verteilnetzes stärker zu koordinieren und schließlich zu beschleunigen. Ein Zugang zum bundesweiten Wasserstoff-Kernnetz muss für alle bedeutsamen Wirtschaftsregionen in Hessen, einschließlich Nord- und Mittelhessen, gewährleistet sein.

5. Rund 62 Prozent der Unternehmen in Hessen sprechen sich dafür aus, dass die Politik im Markt-hochlauf nicht allein auf grünen Wasserstoff setzt.

Auch weitere kohlenstoffarme Alternativen, wie türkisen und blauen Wasserstoff, sollten am Markt vorhanden sein. Aufgrund des limitierten Angebots von grünem und damit klima-neutralem Wasserstoff kann die Politik nur durch die Förderung des gesamten Farbenspektrums einen nachfrageorientierter Wasserstoff-Markthochlauf gewährleisten und gleichzeitig die Verbreitung von Anwendertechnologien weiter vorantreiben.

6. Zwei Drittel der Unternehmen sehen zunehmende Probleme von Engpässen bei Übertragungs- und Verteilnetzen.

Lediglich ein kleiner Anteil der Unternehmen von 2,6 Prozent stimmen dieser Aus-sage nicht zu. Um den schleppenden Ausbau der Stromnetze auf allen Ebenen voranzubringen, braucht es dringend eine Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren für In-frastrukturprojekte. Die hessische Landespolitik sollte daher Taskforces und runde Tische für eilbedürftige Infrastrukturen einrichten und das Verbandsklagerecht auf betroffene Parteien fokussieren. Neben der Digitalisierung der Verwaltung und einer besseren Bereitstellung von Planungskapazitäten sollte auch vermehrt die Option der Genehmigungsfiktion genutzt werden.

7. Zur Strom- und Gaspreisbremse wie auch zum Erhalt der einheitlichen Strompreiszone spiegeln die hessenweiten Zahlen die bundesdeutschen Umfrageergebnisse wider: Weniger als 50 Pro-zent der Unternehmen in Hessen erklären, dass die Preisbremsen eine dämpfende Wirkung auf die Energiepreissteigerungen erzielt haben und dass die einheitliche Strompreispreiszone in Deutschland bestehen bleiben sollte. Für den Ausbau des nationalen und europäischen Emissionshandels votierten 44,6 Prozent der Unternehmen.



Hessischer Industrie-
und Handelskammertag

Impressum

Herausgeber

Hessischer Industrie- und Handelskammertag (HIHK) e. V.

Karl-Glässing-Straße 8

65183 Wiesbaden

☎ 0611 360 115-0

@ info@hihk.de

🌐 www.hihk.de

Fachliche Verantwortung

Jürgen Keller

Federführung Energie, Umwelt und Nachhaltigkeit

Industrie- und Handelskammer Lahn-Dill

☎ 02771 842-1260

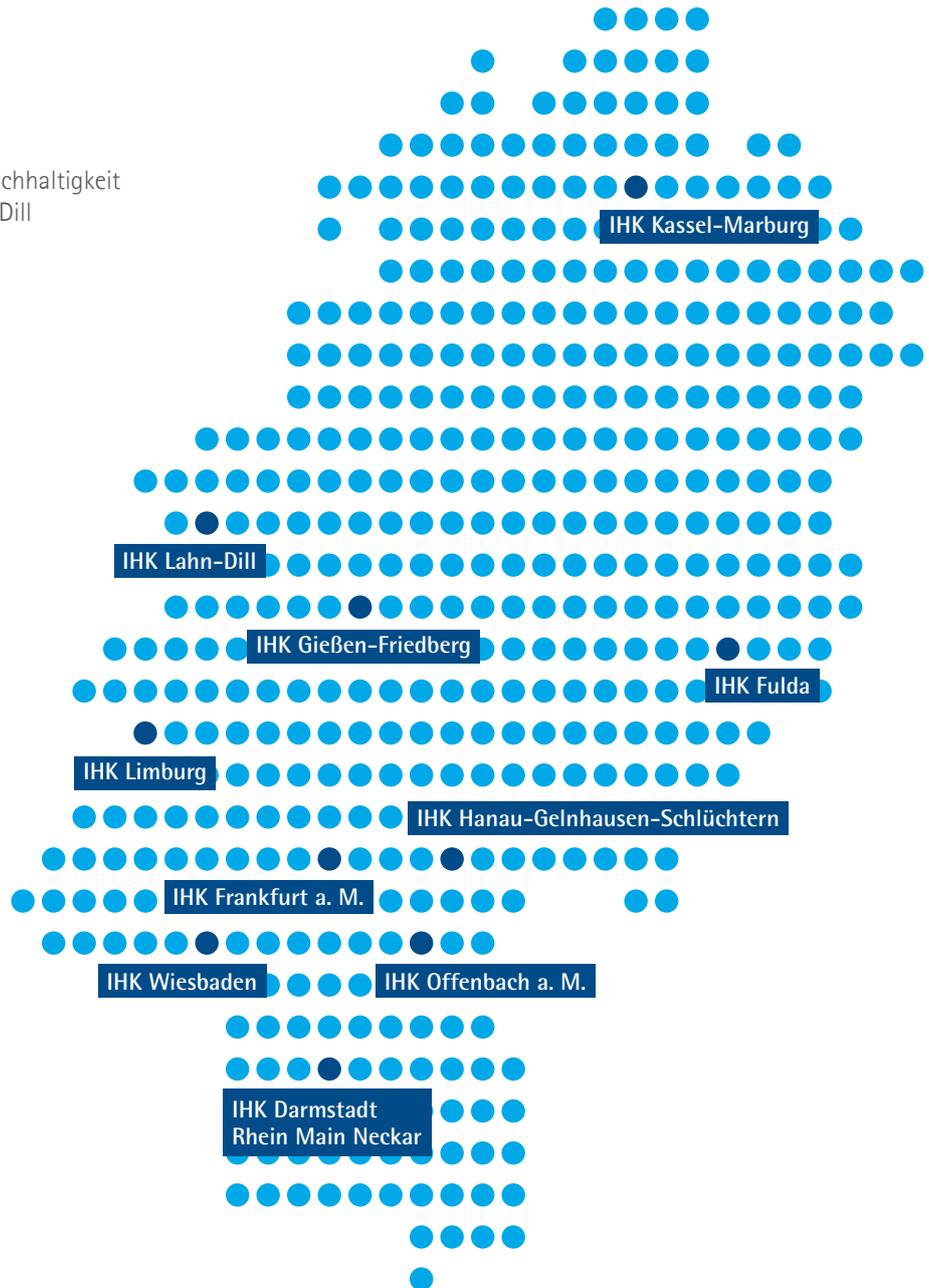
@ keller@lahndill.ihk.de

Bildnachweis

Jiri Částka - Adobe Stock

Stand

Oktober 2023



Über den Hessischen Industrie- und Handelskammertag

Gemeinsam für Hessens Wirtschaft: Der Hessische Industrie- und Handelskammertag (HIHK) koordiniert die landespolitischen Aktivitäten der zehn hessischen IHKs. Als Sprachrohr der gewerblichen Wirtschaft in Hessen vertreten wir die Interessen von rund 400.000 Mitgliedsunternehmen gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit. Mit engen Kontakten zur Landesregierung, dem Landtag, den Medien sowie allen wichtigen Akteuren auf Landesebene wollen wir einen Beitrag leisten, damit die Standpunkte der hessischen Wirtschaft Gehör finden und auch in der öffentlichen Wahrnehmung zur Geltung kommen. Dabei ist das Gesamtinteresse der Wirtschaft der Maßstab unserer Arbeit.